



» ICH WILL
DIE WAHRHEIT «*

Über rassistische Routinen und den NSU-Terror —
Zur Aufklärungsarbeit im Theater

*Yvonne Boulgarides, Witwe des am 15. Juni 2005 in München
getöteten Schlüsseldienstinhabers Theodorus Boulgarides (41).

Ein Projekt der:



unterstützt von:



Bundesverband e.V.



IMPRESSUM

V.i.s.d.P.:

Dr. Christian Staffa

Sprecher_innenrat der BAG K+R

c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Auguststraße 80

10117 Berlin

www.bagkr.de

Redaktion: Betti Horst und Joel Vogel

Gestaltung: Mo Aufderhaar (pudels-kern.net) & Zanko Loreck (zankoloreck.de)

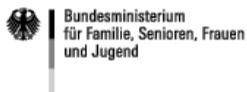
Fotonachweis und Dank:

Alle Fotos stammen aus der Serie »NSU Tatorte« des Fotografen Mark Mühlhaus,

Mitglied der Fotoagentur attenzione (www.attentione-photo.com).

Wir danken Mark Mühlhaus für seine Unterstützung dieser Broschüre.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

VORWORT

Die Angehörigen der Opfer des NSU fordern zu Recht Antworten und Anerkennung. Neben den Untersuchungsausschüssen in den Bundesländern gibt es nun erneut einen des Bundestags, der über den begrenzten Ermittlungsrahmen des Münchener Prozesses hinaus versuchen soll, Licht ins Dunkel zu bringen. Doch in der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den rassistischen Routinen, der institutionellen Verstrickung und dem Terror des NSU scheint Stille eingekehrt zu sein.

Vier Jahre nach der Selbstenttarnung des Kerntrios ist der NSU lediglich Gegenstand einer Expert*in-nendebatte. Das bundesdeutsche Versagen beim Schutz nicht nur der zehn Mordopfer des NSU und der zahlreichen Verletzten der NSU-Sprengstoffanschläge ruft zu neuer und verstärkter Aufmerksamkeit im Umgang mit rechtsextremer Gewalt und deren gesellschaftlichen Ausblendung auf. Die Aufdeckung der himmelschreienden Ermittlungsfehler, rassistischen Einstellungen in den Sicherheits- und Ermittlungsbehörden und in der gesellschaftlichen Normalität brauchen neue und mehr Aufmerksamkeit.

Denn wir erleben eine neue Welle von Gewalt gegen Geflüchtete in der ganzen Republik. Rassistische Mobilisierungen und Anschläge gegen Unterkünfte für Flüchtlinge sind Alltag geworden. Während die gesellschaftliche Gefahr, die von Pegida und den Brandstifter*innen ausgeht, wenig thematisiert wird, wird im Kontext von Geflüchteten im öffentlichen Diskurs oft pauschal mit Projektionen von Gewaltbereitschaft und Demokratieferne hantiert.

Deshalb ist eine starke gesellschaftliche Auseinandersetzung und rassismuskritisches, demokratisches Engagement essentiell – in kulturellen Räumen wie den Theatern ebenso wie in kirchlichen oder wissenschaftlichen Kontexten. Die in diesem Heft vorgestellten Positionen und kulturellen Projekte, die bewusst einen starken Akzent auf der Perspektive der Familien der Opfer haben und sich mit der Aufarbeitung des NSU-Komplexes beschäftigen, sollen zum Nach- und Weiterdenken anregen.

Dr. Christian Staffa, Studienleiter Demokratische Kultur und Kirche,
Evangelische Akademie zu Berlin

BLEIBENDE LÜCKEN

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DER DARSTELLUNG DES NSU-KOMPLEXES IM THEATER

Eine öffentliche Debatte zum NSU-Komplex findet kaum statt – Routine ist eingeleitet im bundesdeutschen Alltag. Dagegen wird in den letzten Jahren vermehrt eine Beschäftigung mit dem Thema über künstlerische Zugänge sichtbar, insbesondere im Theater. So soll der NSU-Komplex in die „Mitte der Gesellschaft“ gebracht, den Opfern und Angehörigen ein Forum verschafft und kritische Fragen gestellt werden.

Sowohl dokumentarische, fiktionale wie diskursive Ansätze, Off- wie Landes- und Staatstheaterproduktionen haben sich des Themas NSU angenommen. Sie kommen dabei dem gesellschaftlichen Auftrag von Theater nach, „*Formen des Sprechens [zu] finden, die den Gewaltzusammenhang gesellschaftlicher Verhältnisse deutlicher hervortreten lassen und gleichzeitig unterlaufen*“ (Kathrin Röggla: *Die falsche Frage. Theater, Politik und die Kunst, das Fürchten nicht zu verlernen*, Berlin 2015, S. 22).

Ein Aspekt der künstlerischen Auseinandersetzung ist, die routinierte, positiv beschworene angebliche „Nüchternheit“ (mit der der Prozess vor dem OLG München oft beschrieben wird) zu durchbrechen. Emotionen, gerade auch den immer wieder zurückgedrängten der Opfer des NSU, soll Raum gegeben, Anteilnahme, Wut, Angst und Scham zugelassen werden.

Einige Stücke zum NSU-Komplex basieren auf umfangreichen Recherchen, Interviews und Beteiligungen von Opfern des NSU und deren Ange-

hörigen sowie Wissenschaftler*innen, Rechtsanwält*innen und Aktivist*innen. Auf Basis dieser Zusammenarbeit, durch Dokumentation von aus der Öffentlichkeit Gedrängtem oder versuchte Fiktionalisierungen kann die erschreckende Normalität des NSU dargestellt, kontextualisiert und erfahren werden.

Im Folgenden werden drei Beispiele für sehr verschiedene Auseinandersetzungen mit dem NSU-Komplex auf der Bühne vorgestellt.

DIE LÜCKE

Einzigartig an dem Stück „Die Lücke“ des Schauspiels Köln ist, dass hier Opfer des NSU-Bombenanschlags aus der Keupstraße zusammen mit professionellen Schauspieler*innen auf der Bühne stehen. Sie wagen es, sich gegenseitig offen Fragen zu stellen und aufeinander einzugehen. Der Terroranschlag ist Ausgangspunkt für Fragen zum Zusammenleben, nach Erfahrungen alltäglicher Diskriminierung, zu Grenzen und „Lücken“ zwischen Mehrheiten und Minderheiten und zum Nicht-miteinander-Reden. „Die Lücke“ regt so zur Auseinandersetzung mit der eigenen Perspektive an. Das Stück weitet den Blick auf den Alltagsrassismus über den NSU-Komplex hinaus. „Die Lücke“ gab es auch schon vorher und sie bleibt auch am Ende des Stücks bestehen. Es gibt kein Happy End oder eine Auflösung. Es gilt, sie auszuhalten. „*Denn die Lücke, um die es geht, ist nicht irgendwo in irgendeiner Straße zu beschrei-*

ben, sondern in uns selbst.“ (Thomas Laue: *Inhalt, in: Schauspiel Köln: Die Lücke. Programmheft 18, Spielzeit 2013/14*).

URTEILE

Das Münchner Stück „Urteile“ zeigt ebenso die Präsenz rassistischer Alltagserfahrungen der Familien der NSU-Opfer und die vorherrschenden Denkmuster bei den Ermittler*innen und Journalist*innen. Grundlage sind hier Zitate aus Akten und Interviews, Aussagen von Lehrer*innen, Polizist*innen, Journalist*innen, Angehörigen, Freund*innen und Arbeitskolleg*innen der Münchner NSU-Opfer Habil Kılıç und Theodoros Boulgarides. Wie wurde über die Familien der Opfer geurteilt, von den Ermittlungsbehörden, den Medien, der deutschen Gesellschaft? „*Sie haben ihre eigene Wirklichkeit geschaffen. Ich dachte bisher, diese Arbeitsweise – zu erfinden, zu fantasieren – sei dem Theater vorbehalten.*“ (Tunay Önder, in: *Urteile. Programmheft Residenztheater München, Spielzeit 2013/14*).

Das Stück versucht, die Wirklichkeit zu rekonstruieren; einen Gegenpol zu schaffen zu dem konstruierten Bild, das Opfer zu Tätern machte, sie ständigen Verdächtigungen, Ermittlungen und Gerüchten aussetzte. Der dokumentarische Ansatz „*funktioniert hier als Filter, der emotionale Information von der unmittelbaren biografischen Identität trennt, die Opfer schützt und dabei dennoch nichts verschleiern, sondern einen Raum zur Verfügung stellt, um deren Erfahrungen ohne Voyeurismus zu teilen.*“ (Silvia Stammen: *NSU-Morde und -Prozess. Inszenierungen am Abgrund, Goethe-Institut e. V., Januar 2015 <https://www.goethe.de/de/kul/tut/gen/tup/20463379.html> [Aufruf: 6.11.2015]*).

RECHTSMATERIAL

„Rechtsmaterial“ vom Badischen Staatstheater Karlsruhe zeigt die Kontinuitäten rechten Terrors in der deutschen Geschichte auf – auch das

Fortwirken unaufgearbeiteter, beschwiegener NS-Bezüge, was bisher kaum Thema beim NSU war. Grundlage für „Rechtsmaterial“ bildet das völkische Theaterstück „Schlageter“ von Hanns Johst (1932), eines der meistgespielten Stücke im NS, das einen nationalistischen Kämpfer gegen die französische Besatzung glorifiziert. Dieser hatte mit seiner Gruppe Terroranschläge verübt. Die Schlageter-Gruppe firmiert als Spiegel des NSU, beide werden von denselben drei Schauspielern*innen dargestellt. Die zwei Ebenen werden zu einer, die Sprache und Ästhetik der Weimarer Zeit vermischt sich mit der gegenwärtigen; durch Videos werden zusätzliche O-Töne und Zeitdokumente eingeblendet. Im Laufe des Stückes übernimmt die Gegenwart die Oberhand.

„*Die stärksten Szenen des Abends sind die, in denen das Gespräch zwischen den Johst-Figuren wie von ungefähr ins Heute wechselt. Im Ton muss sich da gar nicht viel ändern, eine Tradition scheinbar sachlichen Schwadronierens wird mühelos offengelegt*“ (Judith von Sternburg: *Dem NSU zu Leibe rücken, in: Frankfurter Rundschau vom 1. April 2014*).

AUF PLATZ 27

Viele Fragen bleiben, auch hinsichtlich der künstlerischen Auseinandersetzung selbst: An wen richten sich die Stücke? Ist das Theaterpublikum die richtige Zielgruppe? Sollte es in erster Linie darum gehen, den Opfern und ihren Angehörigen Möglichkeiten zu geben, erzählen zu können, eine Öffentlichkeit zu erhalten, sie und andere Opfer alltäglicher rassistischer Erfahrungen zu „empowern“? Oder soll den Angehörigen der diskriminierenden „Mehrheitsgesellschaft“ der Spiegel vorgehalten und dadurch „emotionale Lernprozesse“ ermöglicht werden? Geht beides zusammen?

Der Regisseur von „Die Lücke“, Nuran David Calis, „kennt die Kritik, dass sich Projekte wie seines an die falsche Zielgruppe wenden, dass sie zu den

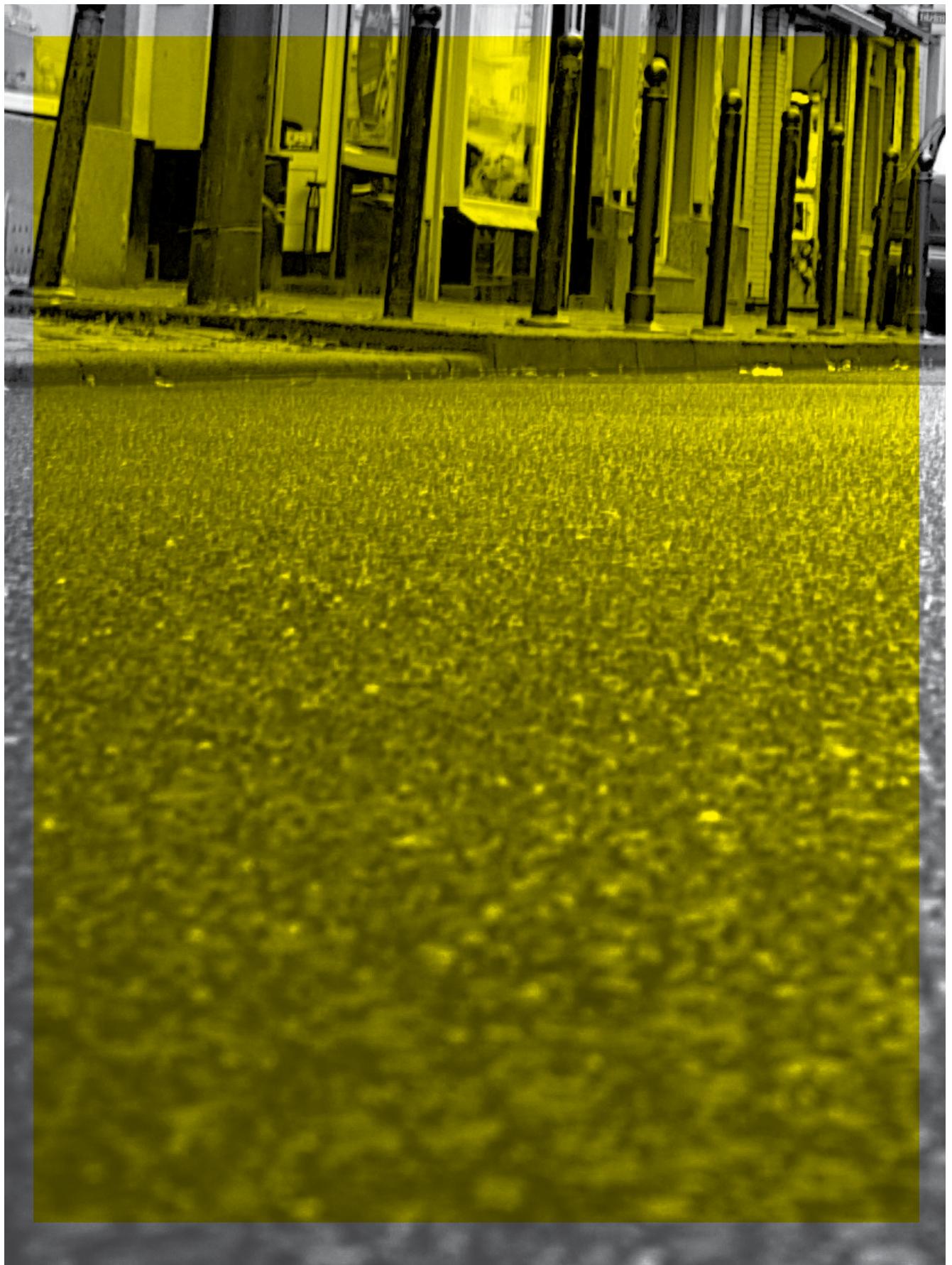
Bekehrten predigen, also zu akademischen Theatergängern, die politisch unverdächtig sind. Und er weist diese Kritik zornig zurück: „Der Rechtsradikalismus sitzt neben dir auf Platz 27“ (zit. n. Tobias Becker: *Beate und wir*, in: *Spiegel online* 27.01.2014 <http://www.spiegel.de/spiegel/kultur-spiegel/d-124627757.html> [Aufruf: 7.11.2015]).

Unumgänglich ist, sich auch mit den Hierarchien im „Machtraum Theater“ (Kathrin Röggla) selbst auseinandersetzen. Wer spricht für wen? Wer schafft „den Rahmen“? Werden Perspektiven „angeeignet“? Wie lässt sich Vielstimmigkeit abbilden? Werden „Lücken“ zugelassen? Das Thema NSU-Komplex auf der Bühne „schreit“ nach einer Reflexion der Orte, Formate, Produktionsbedingungen, Ensemblezusammensetzung und des gesellschaftlichen Anspruchs.

Vielleicht kann so eine Annäherung an das Monströse, Verstörende des NSU-Komplexes gelingen. Eine Annäherung, die alle gesellschaftlichen Institutionen und die Zivilgesellschaft mit einbezieht.

6 „Im Gericht ist in diesen Monaten Beate Zschäpe angeklagt, in den Medien der deutsche Staat, im Theater die deutsche Gesellschaft. Wir alle sitzen auf der Anklagebank“ (Tobias Becker: *Beate und wir*).

Marc Schwietring ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Georg-August-Universität Göttingen. Studium der Politischen Wissenschaft, Soziologie, Sozialpsychologie und Psychologie. Aktuell arbeitet er an einem Forschungsprojekt zum NSU.







KÖLN-MÜHLHEIM, KEUPSTRASSE:

In der belebten Einkaufsstraße, in der die viele Ladenbesitzer_innen und Besucher_innen türkischer und kurdischer Herkunft sind, wurden am 9. Juni 2004 zweiundzwanzig Menschen durch eine Nagelbombe des »Nationalsozialistischen Untergrund« zum Teil lebensgefährlich verletzt.

»NACHDENKEN ÜBER RASSISTISCHE ROUTINEN«

MIT TUNAY ÖNDER

Tunay Önder ist Soziologin und hat die Recherchearbeit für das dokumentarische Theaterprojekt „Urteile“ von Christine Umpfenbach und Azar Mortazavi verantwortet, das im April 2014 am Residenztheater des Bayerischen Staatsschauspiels in München uraufgeführt wurde. Schwerpunkt des Stücks ist der polizeiliche Umgang mit den Angehörigen von Habil Kılıç und Theodoros Boulgarides, die vom NSU im Jahr 2001 und 2005 in München an ihren Arbeitsplätzen ermordet wurden.

Worum geht es in dem Stück?

In dem Stück geht es um die Perspektive der Münchner Mordopfer des NSU. Wir haben mit Angehörigen und Freunden der Familie Kılıç und der Familie Boulgarides Kontakt aufgenommen, um zu erfahren, wie sie damals die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden und die Medienberichterstattung erlebt haben.

Uns war wichtig, das Wissen der Betroffenen in den Mittelpunkt zu stellen und zu zeigen, dass diese Morde die Spitze des Eisberges sind. Das Stück ist eine Anregung, über das alltägliche gesellschaftliche Fahrwasser und seine rassistischen Routinen nachzudenken. Denn das ist wichtig miteinander zu verknüpfen: diese rassistischen Morde sind eingebettet in einen gesellschaftlichen Rassismus.

Warum heisst das Stück „Urteile“?

Weil die Demütigungen nach den Morden sehr viel mit Urteilen zu tun haben, die im Vorfeld schon in den Köpfen der Ermittler*innen und Journalist*innen waren. Sie hatten eine negative Meinung über die türkische Community und so haben sie nur das gehört und gesehen, was in ihr Bild gepasst hat.

Die Hinterbliebenen haben uns berichtet, wie schlimm die diffamierende Berichterstattung war. Wenn ich mir vorstelle, da wird der Ehemann ermordet, dann geht die Polizei ständig in der Wohnung und im Laden ein und aus, dann steht in den Medien Rotlichtmillieu, Drogen und anderes Diffamierendes und schließlich fängt sogar dein nächstes Umfeld irgendwann an, nicht mehr zu wissen, was man denken soll. Du fängst selber an zu zweifeln. Frau Kılıç wusste irgendwann nicht einmal mehr, ob sie ihren Mann überhaupt noch kannte, weil ihr die Polizisten – um irgendwas aus ihr rauszubekommen – soviel Gehirnwäsche verpasst haben durch Falsch- und Desinformation.

Sie haben für das Stück auch Journalist*innen interviewt, die damals über die Morde geschrieben haben. Was haben Sie da erfahren?

Die Macht der Medien zu beleuchten, war uns sehr wichtig. Ein großes Problem ist, dass in den

Redaktionen und auch bei der Polizei einfach viel zu wenige Leute sind, die Bezüge zu anderen Communities haben. Die wenigsten sind sensibilisiert für Rassismus oder haben eigene Diskriminierungserfahrungen. Polizist*innen und Journalist*innen haben einen speziellen Blick und eine besondere gesellschaftliche Position. Aus dieser Position gucken sie sich alles an und entsprechend beschaffen sie sich auch die Quellen. Das führt zu einem einseitigen Blick auf Geschehnisse.

Einer der Journalisten, den wir interviewt haben, hat aus seiner Alltagsroutine erzählt. *„Als Journalist mit dem Schwerpunkt Kriminalität gehst du einmal die Woche zur Presseerklärung der örtlichen Polizei. Dort erhältst du alle deine Informationen über den aktuellen Ermittlungsstand. Und weil das einmal in der Woche stattfindet, kennen sich Polizisten und Journalisten irgendwann persönlich.“* Man ist als Journalist*in auf die Informationen der Polizei angewiesen und so entstehen Allianzen – oder sogar Freundschaften.

Ist es das, was Sie meinen, wenn Sie von einer Parallelwelt der Medien sprechen?

Anlass dazu gab uns eine Journalistin, mit der wir geredet haben. Sie hat gesagt: *„Gut, ich hab da in die falsche Richtung recherchiert, aber ganz ehrlich, gehen Sie mal in die türkischen und kroatischen Cafés! Das ist eine Parallelgesellschaft!“* Das hat uns so wahnsinnig geschockt. Ich musste das unbedingt an sie zurückweisen, weil sie es ist, die in einer Parallelgesellschaft lebt, wenn sie so klišeemäßig spricht!

Sie hatte keine Einsicht darein, dass sie vielleicht mit Vorurteilen an die Recherche herangegangen ist. Stattdessen hat sie tatsächlich auch nach dem 4.11.2011 noch einmal betont: *„Das war unmöglich überhaupt zu denken, die Täter könnten NICHT*

Leute aus dem migrantischen Milieu gewesen sein. Da müssen Sie nur mal in so ein Café gehen, die lassen dann alles unterm Tisch verschwinden.“

Würden Sie sagen, dass ihr Stück - oder auch Theater im Allgemeinen - eine gesellschaftliche Wirkung entfalten kann?

Die Produktion und wer an ihr beteiligt ist, ist wichtig. Bei uns hat die Recherche zum Beispiel einen Begegnungsraum mit den Angehörigen und Freund*innen der beiden Münchner Familien eröffnet.

Wenn man gewisse Strukturen nicht aufbricht, bleibt Theater eine elitäre Angelegenheit. Die Themenwahl allein macht kein politisches Stück aus. In den Kammerspielen wurde Elfriede Jelinek beauftragt zu den NSU-Morden zuzuschreiben. Die Inszenierung war ein anschauliches Beispiel dafür, wie sich Intellektuelle an einem politischen Thema abarbeiten und dabei nur die bürgerliche, weiße Gesellschaftsschicht adressieren. Damit reproduzieren sie wieder Ausschlüsse und benutzen das Thema, um ihre eigene Meinung auch mal auf der Bühne zu hören. Das ändert nichts an der bestehenden Ordnung und ist daher unpolitisch für mich.

Kann man sagen, dass die Produktionsweise eine entscheidende Frage dabei ist, ob ein Stück politisch ist oder nicht?

Das würde ich hundertprozentig sagen!

Wie haben Sie das umzusetzen versucht?

Während unserer Produktionszeit war es total wichtig, dass die Familien etwas davon haben – d.h., dass die Angehörigen der Mordopfer ins Theater kommen können, dass sie da mit beteiligt sind. Sie konnten ihre Geschichten erzählen und

sind auf offene, interessierte, parteiliche Ohren gestoßen.

Das war für das Team und vor allem für die Regisseurin Christine Umpfenbach von Beginn bis zur letzten Minute der Premiere das Wichtigste.

Die Familien waren total stolz darauf, dass es möglich ist, auf einer Staatsbühne Sätze zu sagen wie: die Polizei war rassistisch, der Journalist war rassistisch und wir wurden ständig gedemütigt und diffamiert. Dass das so offen von superguten Schauspielern*innen überbracht wurde – das fanden die Familien cool!







NÜRNBERG-NORD:

**An der Ausfallstraße wurde Enver Şimşek (38)
am 9. September 2000 an seinem mobilen Blumenverkaufsstand
vom »Nationalsozialistischen Untergrund« ermordet.
Der Vater zweier Kinder war das erste Mordopfer des NSU.**

»ICH WERDE ES ERZÄHLEN«

DAS WISSEN DER BETROFFENEN

Die Betroffenen der NSU-Morde und der Sprengstoffanschläge klagen den strukturellen Rassismus in der deutschen Gesellschaft an. Ihnen und ihren Communities war von Anfang an klar, dass es sich um rassistische Angriffe handelte. Doch dieses Wissen wird systematisch marginalisiert.

Die Taten des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) sind eine besondere Zäsur in der langen Geschichte der rassistischen Übergriffe und Morde an Migrant*innen in der Bundesrepublik Deutschland. Auf sehr konkrete Weise wird dabei deutlich, wie im NSU-Komplex verschiedene staatliche und gesellschaftliche Institutionen wie Verfassungsschutz, Polizeibeamte und Medien wirkten.

Bis zum Auffliegen des NSU-Kerntrios ermittelten die Polizeibeamt*innen auf der Suche nach den Täter*innen der Mord- und Anschlagsserie ausschließlich einseitig und mit rassistischen Methoden und Annahmen im familiären Umfeld der Mordopfer. Die Medien folgten dann in ihrer Berichterstattung unkritisch der Logik der damaligen Ermittlungsbehörden und schlugen mit Begriffen wie »Dönermorde«, »Drogenmorde« und »kriminelle Milieumorde« in die gleiche rassistische Kerbe hinein.

Die Betroffenen wurden nicht als Opfer, sondern als Tatverdächtige behandelt. Als die hinterbliebenen Familienangehörigen und die Verletzten der

Bombenanschläge gegenüber den Beamt*innen ihr Wissen mitteilten, dass für die Morde und Anschläge nur Neonazis als Täter*innen in Frage kommen konnten. Dieses Wissen wurde nicht als Erfahrungswissen wahrgenommen und anerkannt. Dadurch wurde das Sprechen der Betroffenen, die ihr spezifisches Wissen als Rassismuserfahrene mitteilten, leise gedreht - und dadurch marginalisiert.

Im April 2006, kurz nach den Morden an Mehmet Kubaşık (39) in Dortmund und an Halit Yozgat (21) in Kassel organisierten einige der Familienangehörigen in Kassel und in Dortmund Trauerzüge unter dem Motto »Kein 10. Opfer«. An der Demonstration in Kassel nahmen über 4.000 Menschen teil. Die Teilnehmer*innen dieser Kundgebung trugen mit der Forderung nach Aufklärung der »rassistischen Morde« ein migrantisch situiertes Wissen gemeinsam auf die Straße. Sie forderten den deutschen Staat und die politischen Verantwortlichen auf, das Morden zu beenden und die Täter zu finden.

Die 4.000 Demonstrant*innen wurden sowohl in den Medien, von den politisch Verantwortlichen, wie auch von einer kritischen Öffentlichkeit weitgehend ignoriert. Dieses hegemoniale Nicht-Hören und Unsichtbarmachen des migrantisch situierten Wissens ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Ignoranz und Empathielosigkeit und zeigt, wie Rassismus strukturell ausgeblendet werden kann

und wird. Rassismus wird als Sonderfall rechten Randgruppen zugeschrieben, um die Mitte der Gesellschaft zu entlasten und eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung zu vermeiden.

DER NSU-PROZESS: EIN VERENGTER RAUM

Die räumliche Inszenierung im Saal des Oberlandesgerichts München ist von Strenge, Konfrontation und nahezu unaushaltbarer Nähe zwischen den Prozessparteien geprägt. Die Angehörigen der Mordopfer und die Überlebenden der Bombenanschläge mussten bei ihren Aussagen nur zweieinhalb Schritte entfernt von Beate Zschäpe, also in unmittelbarer Nähe zu der Hauptangeklagten am Zeugentisch Platz nehmen.

Im Gerichtssaal zu sprechen, ist für die Familienangehörigen der Mordopfer und für alle Betroffenen ein wichtiger Akt, da sie nach Jahren der Erniedrigung, Kriminalisierung und Diffamierung nunmehr eine offizielle Anerkennung als Opfer erfuhren. Gleichzeitig verlassen sie im Moment des Sprechens die Rolle des Opfers: Sie werden zu Handelnden, die in der Funktion als Nebenkläger*innen im Prozessgeschehen aktiv ihre Geschichten erzählen und öffentlich machen.

Sobald die Betroffenen im Gerichtssaal nicht in der ihnen zugewiesenen Rolle als Opfer bleiben, sondern als Nebenkläger*innen und Zeug*innen aktiv werden, um ein Zeugnis über den strukturellen Rassismus z.B. in den Behandlungen durch Polizei, Behörden und Medien abzulegen, werden sie auch hier gestoppt, ihre Erzählungen vom Richter als für den Prozess nicht relevant abgetan.

Wissend, dass dieser Aspekt des intuitiv-strukturellen Rassismus einen wesentlichen Teil der "Geschichte" des NSU-Komplexes bildet, nutzen viele Betroffene visuelle Praktiken und widerständige Sprechakte, um in dem räumlich wie auch durch strenge Rituale und Routinen vereng-

ten Raum sich und ihren Perspektiven mehr Platz zu verschaffen.

WIDERSTÄNDIGE PRAKTIKEN

Am 1. Oktober 2013 – dem 41. Verhandlungstag im NSU-Prozess – wurde İsmail Yozgat als Zeuge über den Mord an seinem Sohn Halit vernommen. Er fand seinen Sohn am 6. April 2006 mit zwei Kopfschüssen schwer verletzt hinter dem Tresen seines Internetcafés liegend. Wenige Minuten nach der Ankunft seines Vaters starb Halit Yozgat. Heute ist bekannt, dass sich zur Tatzeit der Beamte des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Andreas Temme, am Tatort befand.

An diesem Verhandlungstag hatte İsmail Yozgat ein Bildplakat dabei, das er im Gerichtssaal sichtbar für die Angeklagten- und Richterbank an den Zeugentisch anbrachte, bevor er den Fragen des vorsitzenden Richters antwortete. Das zweiteilige Bildplakat besteht aus dem Porträt von Halit Yozgat als lachendem Jungen und aus der Forderung der Umbenennung der „Holländischen Straße“ in „Halitstraße“. Am Zeugentisch ist in diesem Moment der Aussage nicht nur İsmail Yozgat als Zeuge anwesend, sondern bildlich auch der ermordete Sohn Halit: seine Augen blicken die Hauptangeklagte und die Richterschaft an, während der Richter routinemäßig mit der Zeugenvernehmung İsmail Yozgats beginnt.

Als İsmail Yozgat eine anklagende Rede über die Ermittlungsmethoden und ihre Rolle begann, wurde er von Richter Manfred Götzl sofort gestoppt und darauf verwiesen, dass er als Zeuge nur über den Ablauf des Tages, zum Auffinden und der Lage seines Sohnes berichten solle. Worauf İsmail Yozgat fast beruhigend an den Vorsitzenden Richter gewandt anmerkte, »ich werde es erzählen« und dann sehr eindringlich weiter von der Behandlung durch die Ermittlungsbeamt*innen und den

damit verbundenen Diffamierungen und Beschuldigungen berichtete. Erst im Anschluss daran beschrieb er seine Erlebnisse, als er an jenem Tag in das Internetcafé kam: vom schwerverletzten Sohn auf dem Boden, von den Blutropfen auf dem Ladentresen, von Polizei und Krankenwagen und von den letzten Atemzügen Halits in seinen Armen. Und auch, dass er nicht seine Familie verständigen konnte, weil er wie eine Tatverdächtiger von Polizisten zum Verhör mitgenommen wurde.

Auf die wiederholte Frage des Richters, in welcher Lage er seinen Sohn aufgefunden habe, stand İsmail Yozgat auf und legte sich auf den Boden zwischen Angeklage- und Richterbank, um die Lage seines Sohnes zu demonstrieren. İsmail Yozgat legte damit sinnbildlich den Körper seines ermordeten Sohnes direkt vor der Hauptangeklagten und der Richterbank ab. Diese Form des körperlichen Zeigens irritierte den Raum und die starren Regeln des Verfahrens und zeigte, wie selbstbestimmt die Angehörigen mit eigenen Strategien um eine wirkliche Aufklärung kämpfen.

GEMEINSAM EINE PLATTFORM SCHAFFEN

Nach Bekanntwerden des NSU wurden die Angehörigen der Mordopfer wie auch die Überlebenden der Bombenanschläge von Angela Merkel und später von Bundespräsident Joachim Gauck offiziell empfangen. Damit wurden die Betroffenen zwar Teil einer staatlichen Repräsentationspolitik – doch ihre Stimmen, Anliegen und Forderungen wurden nicht ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Willkommen sind sie als stumme Opfer, nicht aber als rassismuserfahrene Expert*innen, die aktiv den strukturellen Rassismus anklagen.

Obwohl die Taten des NSU auf sehr plastische und eigentlich für jede*n nachvollziehbar den Zusammenhang von institutionellem, strukturellem wie

eliminatorischen Rassismus darstellen, wird diese Zäsur für die Gesellschaft nicht so verhandelt: durch den NSU-Prozess wird die Narration eines isolierten Neonazi-Trios mit wenigen Helfer*innen fort- und festgeschrieben.

Notwendig ist deshalb ein gesellschaftlicher Raum, eine Plattform zur gemeinsamen politischen Anklage des Rassismus – für das Wissen und die Erfahrungen der Betroffenen, damit sie sich ohne Unterbrechungen und Maßregelungen einbringen können.

Ayşe Güleç ist Diplom-Sozialpädagogin und arbeitet seit 1998 im Kulturzentrum Schlachthof in Kassel. Sie ist in selbstorganisierten Netzwerken und Initiativen aktiv, z.B. in der Initiative 6. April und im bundesweiten Aktionsbündnis NSU-Komplex auflösen.







HAMBURG-BAHRENFELD, SCHÜTZENSTRASSE 39:
In der Einkaufsstraße wurde Süleyman Taşköprü (31)
am 27. Juni 2001 in seinem Gemüseladen vom
»Nationalsozialistischen Untergrund« erschossen.

FRAGEN

BLEIBEN FRAGEN

ZUM STAND DER INSTITUTIONELLEN AUFARBEITUNG DES NSU-KOMPLEXES

*Der NSU-Prozess ist auf eine strafrechtliche Aufarbeitung der Schuld der fünf Angeklagten Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, André Eminger, Holger Gerlach und Carsten S. beschränkt. Die Rolle der Behörden, ihr institutioneller Rassismus, die Frage nach dem politischen Umfeld des NSU und die Aufklärung über die mutmaßlichen vielen weiteren Unterstützer*innen – all dies hat in dem Münchner Strafverfahren keinen Platz. In mittlerweile zehn parlamentarischen Untersuchungsausschüssen war und ist das Fehlverhalten und Versagen der Behörden Thema. In den abschließenden Berichten wurde jedoch meist nur eine „Verkettung ungünstiger Umstände“ für das Staatsversagen im NSU-Komplex festgestellt.*

ISOLIERTES TRIO ODER UNTERGRUND-NETZWERK – DER STRAFPROZESS IN MÜNCHEN

Etwa 70 Hinterbliebene der Mordopfer und Betroffene der Bombenanschläge sind als Nebenkläger*innen am Prozess beteiligt. Mit rund 50 Anwält*innen verlangen sie die Aufklärung des Gesamtkomplexes NSU. Sie wollen wissen, wer noch am NSU-Netzwerk beteiligt war, warum und von wem ihre Väter, Brüder, Söhne und Ehemänner als Mordopfer ausgesucht wurden und was staatliche Behörden zu welchem Zeitpunkt über die Aktivitäten des NSU-Netzwerks wussten. Doch mit ihrer Anklageschrift hat sich die Bundesanwaltschaft darauf festgelegt, dass es sich bei dem NSU um eine terroristische Vereinigung handele,

die lediglich aus dem mutmaßlichen NSU-Kerntrio Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe bestand und durch den Tod von Mundlos und Böhnhardt und die Inhaftierung von Beate Zschäpe der Vergangenheit angehört. Viele Neonazis, die nachweislich zum Teil über Jahre wichtige Unterstützung für die Untergetauchten geleistet haben und somit das NSU-Netzwerk gebildet haben, sind nicht angeklagt, sondern treten lediglich als Zeug*innen vor Gericht auf.

Dieser Beschränkung der Anklage entgegen steht die Analyse, die den NSU als eine in die Legalität vernetzte Untergrundzelle versteht: Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt sind darin nur das mutmaßliche Kerntrio, der NSU aber ein Netzwerk. Seine Organisationsform und seine Praxis gehen auf das in den 1990er Jahren in der Neonazi-Szene diskutierte Prinzip eines „führerlosen Widerstandes“ zurück. Neonazistische Anschläge, Morde und Organisationen in den USA, in Großbritannien und Skandinavien dienten dem NSU-Netzwerk dabei als Vorbilder.

Große Teile des Netzwerkes des NSU sind durch antifaschistische und journalistische Recherchen inzwischen rekonstruiert. Der engere Kreis der Unterstützer*innen umfasste mindestens zwei Dutzend Personen. Erweitert man den Kreis, kommt man auf etwa 150 bis 200 Personen, davon knapp 20 Prozent Frauen. Die Unterstützer*innen

haben u.a. Sprengstoff, Waffen, Pässe, Krankenkassenkarten und Wohnungen beschafft oder haben auf Neonazi-Konzerten Geld gesammelt. Nicht aufgeklärt ist weiterhin, wer die Mordopfer und Anschlagziele ausgesucht hat. Dass das mutmaßliche Kerntrio das alleine gemacht haben soll, ist nicht überzeugend, denn dafür waren Ortskenntnisse notwendig. Ein neonazistisches Netzwerk NSU hat es dennoch laut Bundesanwaltschaft nicht gegeben.

Ein Beispiel für nicht verfolgte Unterstützungsarbeit ist Silvia S., die bereits zwei Mal als Zeugin am OLG München geladen war. Sie soll für 300 Euro ihre Krankenkassenkarte an Beate Zschäpe verkauft haben. Silvia S. will nicht gewusst haben, wem sie ihre Versichertenkarte zu welchem Zweck zur Verfügung stellte – das Gericht begnügte sich mit dieser Aussage und Silvia S. wird nicht mit einer Anklage wegen ihrer Unterstützungsbehandlung rechnen müssen. Ein anderes Beispiel ist der Inhaber des rechten Szene-Ladens Madley in Jena, Andreas S.. Er vermittelte den Verkauf der Ceska-Pistole mit Schalldämpfer, mit der die neun rassistischen Morde des NSU begangen wurden. Darin sieht die Bundesanwaltschaft jedoch lediglich ein Waffenbeschaffungsdelikt, das inzwischen verjährt ist.

Ebenfalls lediglich als Zeuge geladen wurde der hessische Verfassungsschutzbeamte Andreas Temme, der sich zum Zeitpunkt der Ermordung Halit Yozgats am 6. April 2007 am Tatort, in Yozgats Kasseler Internetcafé befunden hatte. İsmail Yozgat, der Vater des Ermordeten nahm vor Gericht dazu Stellung: „Dieser Mann, Herr Temme, lügt. Wir wissen alle, dass er lügt. Wieso wollen wir die Wahrheit nicht sehen?“ İsmail Yozgat forderte, eine Tatortbegehung mit Andreas Temme durchzuführen. Denn eine Ortsbesichtigung in dem kleinen Internetcafé würde deutlich machen, dass

Temmes Aussage, er habe den toten Halit Yozgat nicht gesehen, als er das Café verließ, gelogen sei. *„Entweder hat Herr Temme meinen Sohn Halit Yozgat getötet oder er hat gesehen, wer ihn getötet hat.“*

»DAS IST MIR NICHT ERINNERLICH« – DIE ARBEIT DER PARLAMENTARISCHEN UNTERSUCHUNGS-AUSSCHÜSSE

Der erste Bundestagsuntersuchungsausschuss zum NSU legte im Sommer 2013 einen 1.400-seitigen Abschlussbericht vor. Darin werden die Koordinationsmängel, die Fehler, die Unterlassungen, die falschen Ermittlungsansätze der Sicherheitsbehörden bei der Suche nach den Täter*innen der rassistischen Mord- und Anschlagsserie und des Mordes an der Polizistin Michèle Kiesewetter sowie bei der Suche nach dem ab Januar 1998 untergetauchten Trio Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe detailliert dargestellt und kritisiert. Als Fazit ist dort allerdings zu lesen, dass „sich keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben haben, dass irgendeine Behörde an den Straftaten“ des NSU „in irgendeiner Art und Weise beteiligt war, diese unterstützte oder billigte“. Ein Ergebnis, das angesichts gesperrter, verschwundener und geschredderter Akten bei zahlreichen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder wie ein Hohn erscheint.

Leider versäumte es der Bundestagsuntersuchungsausschuss auch, den institutionellen Rassismus in den Ermittlungen der Polizei und in der Arbeit der Verfassungsschutzämter zu benennen. Das Wort Rassismus taucht im gesamten Bericht nur auf, wenn es um die Ideologie der Neonazis geht, nicht aber wenn es um das Handeln oder Nicht-Handeln von Beam*t*innen geht. Der UN-Ausschuss gegen jede Form rassistischer Diskriminierung (CERD) äußerte sich im Mai 2015 „besorgt“ darüber, dass die staatliche Seite in Deutschland es weiterhin versäume, *„die eigenen systemischen Mängel und das rassistische Motiv hinter diesen Taten zu erkennen. [...] In der Gesamtheit scheinen*

all diese Elemente auf eine strukturelle Diskriminierung als die eigentliche Ursache für diese Probleme hinzudeuten.“

Alle bisherigen parlamentarischen Untersuchungsausschüsse haben ein gemeinsames Problem: Dass Verfassungsschützer*innen nur das Wissen preisgaben, was sie nicht mehr verheimlichen konnten. Das Dogma des „Quellenschutzes“ – also des Schutzes neonazistischer V-Leute vor Strafverfolgung – behindert bis heute die Aufklärung des NSU-Komplexes. Der meist gehörte Satz in den Zeugenaussagen von Beamt*innen und damals zuständigen Politiker*innen war: *„Das ist mir nicht erinnerlich“*. Der zweite Bundestagsuntersuchungsausschuss, der seine Arbeit zum Jahresende 2015 aufnimmt, kann daher nur dann mehr Licht in den NSU-Komplex bringen, so die Anwält*innen der Nebenklage, „wenn sich die Abgeordneten konsequent und kompromisslos gegen jede Hinhalte- und Verschleierungstaktik wehren und ihre parlamentarischen Kontrollrechte verteidigen und durchsetzen.“

RECHTER TERROR IST NICHT GESCHICHTE

Unabhängig von diesen Ermittlungen und der Dauer und des Verlaufs des Strafprozesses müssen wir davon ausgehen, dass weder die so genannten Sicherheitsbehörden noch die Justiz überzeugend und vollständig erklären werden, was und wer der NSU genau war bzw. ist und was zwischen dem Abtauchen von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe im Januar 1998 in Jena und der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 tatsächlich geschah. Eine wichtige Frage wird bleiben, welche Rolle staatliche Institutionen spielten. Gab es eine Mitwisserschaft oder gar eine direkte oder indirekte Unterstützung von staatlichen Akteur*innen für das NSU-Netzwerk? Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass die Aufklärung des Oktober-fest-Attentates von 1980 nach 25 Jahren noch immer nicht

abgeschlossen ist, können wir wohl davon ausgehen, dass es möglicherweise auch im NSU-Komplex Jahrzehnte dauern könnte, bis verschwundene Akten wieder auftauchen, als geheim eingestufte Dokumente freigegeben werden oder sich neue Rechercheansätze ergeben. Vielleicht werden auch eines Tages Beamt*innen, Politiker*innen oder auch Neonazis, die heute schweigen, ihr Wissen offenbaren.

Doch der rechte Terror ist nicht Geschichte. Wir müssen, nach allem, was wir derzeit wissen, davon ausgehen, dass es neben dem NSU-Netzwerk weitere terroristisch aktive neonazistische Netzwerke in Deutschland gab und gibt – deren Protagonist*innen bislang unbehelligt sind. Und auch die Konsequenzen, die Politik und Behörden aus dem NSU-Komplex bislang gezogen haben, sollten uns beunruhigen: Die Strukturen, die in der Polizei die Aufklärung der Morde verhindert haben und die des Verfassungsschutzes, der durch das V-Leute-System oft genug das Rückgrat der Neonazi-Szene bildete, bestehen nicht nur fort, sondern wurden teilweise gestärkt und legalisiert. Ein Jahr nach dem Abschluss des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag hat das Bundesamt für Verfassungsschutz, das zu den Hauptverantwortlichen des Staatsversagens im NSU-Komplex gehört, beispielsweise 30 Millionen Euro sowie knapp 500 Personalstellen zusätzlich erhalten.

Wenn weder der Strafprozess noch die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse es leisten, die gesamte Dimension des NSU-Komplexes aufzuklären und den gesellschaftlichen Rassismus zu benennen, ist eines dringender denn je gefragt: eine kritische Öffentlichkeit.







KASSEL-NORDSTADT, HOLLÄNDISCHE STRASSE 82:

An der vielbefahrenen Hauptstraße wurde

Halit Yozgat (21) am 6. April 2006

»Nationalsozialistischen Untergrund«

in seinem Internetcafé erschossen.

EINE NEUE GENERATION TERROR

1990 – 2015: KONTINUITÄTSLINIEN RECHTEN TERRORS

„Wenn ihr nicht bis zum 20. April verschwindet, werdet ihr als zwölfte Opfer in der Zeitung stehen“, drohte einer der rechten Angreifer, die im Februar 2012 in Mücheln (Sachsen-Anhalt) dem Betreiberpaar eines türkischen Imbisses. Für die Betroffenen war die Botschaft klar: Sie würden – wie die Mordopfer des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ – sterben, wenn sie sich dem Dominanzanspruch der Tätergruppe nicht beugen, den Ort verlassen und ihre wirtschaftliche Existenz aufgeben würden.

»DASS DIE FLÜCHTLINGE AUS DER NACHBARSCHAFT
VERSCHWINDEN«

Alleine in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 ereigneten sich mehr als 60 Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in Ost- und Westdeutschland. (Opferberatungsstellen, das Antifaschistische Pressearchiv e.V. und Medien gehen von min. 63 Brandanschlägen zwischen Januar und September 2015 aus, das Bundeskriminalamt hat im gleichen Zeitraum lediglich 26 Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte erfasst. Vgl. Konrad Litschko, taz vom 30.9.2015 und www.apabiz.de). In Salzhemmendorf (Niedersachsen) beispielsweise entkamen drei kleine Kinder und ihre Mutter aus Simbabwe Ende August 2015 nur knapp einer Katastrophe: Ein rechtes Trio aus dem Nachbarort warf einen Brandsatz durch ein geschlossenes Fenster einer ehemaligen Schule, in der Geflüchtete untergebracht sind. Ein Teppich und eine Matratze fingen sofort Feuer. Hier ermittelt die Staatsanwaltschaft Hannover gegen die mutmaßlichen Täter*innen wegen versuchten Mordes und hat Untersuchungshaft angeordnet. Doch bundesweit zeigen die Strafverfolgungsbehörden – wie schon in den 1990-er Jahren – ein extrem uneinheitliches Vorgehen. In Altena (NRW) beispielsweise ermittelt die Staatsanwaltschaft Hagen lediglich wegen schwerer Brandstiftung gegen einen Feuerwehrmann und dessen Mittäter. Sie hatten in der Nacht zum 3. Oktober 2015 auf dem Dachboden eines Hauses, in dem kurz

Der Angriff in Mücheln ist nur einer von mehr als 220 Straf- und Gewalttaten seit der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“, bei denen sich die Täter explizit auf den NSU und dessen rassistische Mord- und Anschlagsserie beziehen. (Der NSU-Terror als Vorbild, tagesschau.de vom 21.7.2014) Das verbindende Element zwischen den Aktivist*innen des NSU und anderer neonazistischer Terrornetzwerke und den Täter*innen der aktuellen Brand- und Sprengstoffanschläge gegen Geflüchtetenunterkünfte ist ein mörderischer Rassismus. Er beruht auf einer Ideologie der „White Supremacy“ – der vermeintlichen Überlegenheit einer imaginierten weißen Rasse. Diese spricht all denjenigen das Existenzrecht ab, die als „die Anderen“ gelten und nimmt auch all diejenigen ins Visier, die als „politische Gegner“ und so genannte „Volksfeinde“ für eine offene Gesellschaft und demokratische Grundprinzipien eintreten.

zuvor sieben Flüchtlinge aus Syrien eingezogen waren, einen Brandsatz gezündet und zuvor die Brandmeldeanlage am Haus zerstört. Gegenüber der Polizei erklärten die Täter, ihr Ziel sei es gewesen, „dass die Flüchtlinge aus der Nachbarschaft verschwinden.“ (*Verdächtiger teilte rechte Facebookbeiträge, WDR vom 16.10.2015*)

Anderorts zerstören zumeist unbekannte Täter*innen geplante Unterkünfte, indem sie mutwillig schwere Wasserschäden anrichten oder wie in Vorrä (Bayern), Nauen (Brandenburg) oder Tröglitz (Sachsen-Anhalt) die Gebäude während der Instandsetzung - oder Umnutzungsarbeiten vorsätzlich niederbrennen und Sachschäden von jeweils mehreren hunderttausend Euro verursachen. In den allermeisten Fällen sind den Anschlägen wochen-, manchmal auch monatelange öffentliche Mobilisierungen von rechten Bürgerinitiativen und Neonazis vorausgegangen.

PROPAGANDA DER TAT

Die Täter*innen der Anschläge sehen sich durch die „Nein zum Heim“-Mobilisierungen in ihrem gewaltsamen Vorgehen legitimiert. So wie auch das NSU-Netzwerk handeln sie nach dem Prinzip, dass die Tat die politische Botschaft transportiert. Bekennerschreiben sind da nicht notwendig. Auch wenn lediglich in 20 Prozent der Brandanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte bislang Täter*innen ermittelt wurden, verstehen an den Tatorten alle die Botschaft. Geflüchtete verlassen ihre Unterkünfte nur noch in Gruppen und meiden wenn möglich gefährliche Orte. Unterstützer*innen und offene Treffpunkte werden ebenfalls Ziel von Angriffen. Und gleichzeitig wächst das Selbstbewusstsein der potentiellen Täter*innen, die auf Facebook, in Online-Foren und Kommentaren offen zu Mord und Totschlag auffordern. Bestärkt fühlen sich die (potentiellen) Täter*innen durch einen öffentlichen Diskurs, in dem die Geflüchte-

ten als Gefahr für die deutsche Gesellschaft dargestellt werden. Insbesondere „junge muslimische Männer“ werden als Bedrohung für die Rechte (und körperliche Unversehrtheit) von Frauen und Homosexuellen beschrieben. Politische Verantwortungsträger*innen vergleichen Flüchtlinge mit Naturkatastrophen. Das individuelle Asylrecht ist durch andauernde Gesetzesänderungen für große Gruppen von Flüchtlingen de facto abgeschafft und zunehmend wird quasi militärischen Lösungen wie Grenzzäunen das Wort geredet. Damit einher geht ein ungebrochener institutioneller Rassismus in den Strafverfolgungsbehörden. Deren jahrelange Verdächtigungen und Diffamierungen stigmatisierten die Angehörigen der NSU-Mordopfer und die Verletzten der NSU-Sprengstoffanschläge. Nun nehmen die Strafverfolger vielerorts in der gleichen Täter-Opfer-Umkehr wie im NSU-Komplex die Bewohner*innen der von Brandanschlägen betroffenen Flüchtlingsunterkünfte als potenzielle Täter*innen ins Visier von polizeilichen Ermittlungen.

Kurzum: Ein gesellschaftlicher Diskurs, in dem politisch Verantwortliche Geflüchtete als Bedrohung stigmatisieren, ist – wie schon in den 1990er Jahren – untrennbar mit einem Anstieg politisch rechts motivierter Gewalt verbunden. Zu befürchten ist, dass hier eine neuen „Generation Terror“ sozialisiert wird, die den NSU und dessen mörderischen Rassismus schon jetzt als Vorbilder eines so genannten „Rassenkrieges“ verherrlichen und das Prinzip des „führerlosen Widerstands“ schon längst umsetzen.

Heike Kleffner ist Journalistin und Expertin für neonazistische Gewalt. Sie ist Mitglied im interdisziplinären Beirat der Mobilien Opferberatung in Sachsen-Anhalt www.mobile-opferberatung.de und hat als Referentin im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages für die Linksfraction gearbeitet.

ZUM WEITERLESEN

LINKS

www.nsu-watch.info
hessen.nsu-watch.info
nrw.nsu-watch.info
bw.nsu-watch.info
<https://initiative6april.wordpress.com/>
<http://keupstrasse-ist-ueberall.de/>
<http://nsu-tatort-hamburg.org/>
www.nsu-nebenklage.de
www.dka-kanzlei.de/news_nsu.html
<http://www.sueddeutsche.de/thema/NSU-Protokolle>
<http://plakataktion-kontext-nsu.de/>

BÜCHER

Schmerzliche Heimat: Deutschland und der Mord an meinem Vater. Semiya Şimşek. Rowohlt Berlin 2013

Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet. Herausgegeben von Barbara John. Herder Verlag 2014

Von Mauerfall bis Nagelbombe. Der NSU-Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der Pogrome und Anschläge der neunziger Jahre. Herausgegeben von Dostluk Sineması. Veröffentlicht durch die Amadeu Antonio Stiftung 2014

Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen. Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte zusammengehen. Herausgegeben von Bodo Ramelow. VSA-Verlag 2013

Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat. Herausgegeben von

Jens Zimmermann, Regina Wamper, Sebastian Friedrich. Unrast Verlag 2015

Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU. Stefan Aust und Dirk Laabs. Pantheon Verlag 2014

NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Herausgegeben von Imke Schminke, Jasmin Siri. Transcript Verlag 2013

Gespräche über Rassismus – Perspektiven und Widerstände. Herausgegeben von Zülfukar Çetin Savaş Taş. Verlag Yılmaz-Günay 2015

Zäsur? Politische Bildung nach dem NSU. Herausgegeben von Martin Langebach und Cornelia Habisch. Bundeszentrale für politische Bildung 2015

THEATER

Rechtmaterial von Jan-Christoph Gockel und Konstantin Küspert. Badisches Staatstheater Karlsruhe, 03/2014

Urteile von Christine Umpfenbach und Azar Mortazavi. Residenztheater München, 04/2014.

Die Lücke – Ein Stück Keupstraße von Nuran David Calis. Schauspiel Köln, 06/2014

Mein deutsches deutsches Land von Thomas Freyer. Staatsschauspiel Dresden, 12/2014

Fahrräder könnten eine Rolle spielen von Marianna Salzmann und Deniz Utlu. Ballhaus Naunysstraße, 11/2014

Rettungsschirme Performance von Benno Plassmann. Rostock-Dierkow/Toitenwinkel, 04/2014

V wie Verfassungsschutz – Nö Theater, 09/2012

IM GEDENKEN AN

Enver ŐimŐek

Abdurrahim Őzudođru

Suleyman TaŐkŐpru

Habil KiliŐ

Mehmet Turgut

İsmail YaŐar

Theodoros Boulgarides

Mehmet KubaŐık

Halit Yozgat

Michèle Kiesewetter



TITELBILD:

DORTMUND-NORDSTADT, MALLINCKRODTSTR. 190:

An der Ausfallstraße wurde Mehmet Kubaşık (39)

am 4. April 2006 in seinem Kiosk vom

»Nationalsozialistischen Untergrund« ermordet.